

Postcheck-Konto:
Leipzig Nr. 34918.

Die Sächsische Elbzeitung
erscheint Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend. Die
Ausgabe des Blattes erfolgt
tags vorher nachm. 5 Uhr.

Bezugs-Preis viertel-
jährlich 2.— Mk., 2 monatlich
1.40 Mk., 1 monatlich 70 Pf.
Durch die Post vierteljährlich
2.10 Mk. (ohne Postgebühren).
Einzeln Nummern 12 Pf.
Alle kassierlich, Postanstalten,
Postboten, sowie die
Belastungsträger nehmen stets
Bestellungen auf die
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau,
sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Diele. — Verantwortlich: Konrad Rohrlavver, Bad Schandau.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Pichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen,
Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder sonstiger sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Verleger oder der Verlegerverhältnisse) hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Kundentellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Rautenstraße 134; in Dresden und Leipzig: Haasenstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Hoff; in Frankfurt a. M.: H. V. Deube & Co.

Nr. 128

Bad Schandau, Donnerstag, den 24. Oktober 1918

62. Jahrgang.

Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen
an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr
und nachmittags von 2—4 Uhr.
Sonnabends durchgehend von 9—2 Uhr.
Fernruf Nr. 99.

Hinterlegungsstelle für Kriegsanleihe. — Postscheckkonto Leipzig Nr. 18917. — Zinsfuß 3 1/2 % bei täglicher Verzinsung.

Die Ausgabe der Brot-, Fleisch-, Milch- und Landessperrkarten

erfolgt

1. Donnerstag, den 24. Oktober d. J.,
 - a) vormittags von 9—12 Uhr
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 1—60 D,
 - b) nachmittags von 2—5 Uhr
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 61—120,
2. Freitag, den 25. Oktober d. J.,
 - a) vormittags von 9—12 Uhr
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 121—200,
 - b) nachmittags von 2—5 Uhr
für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 201—264

im Wernerschen Grundstück am Bastenplatz. Das Abholen der Karten hat nur
durch Erwachsene zu erfolgen. Die Schwerarbeiterbescheinigungen zur Brotzulage sind
vorzulegen. Die Zeiten sind genau einzuhalten.
Schandau, den 23. Oktober 1918. Der Stadtrat.

Lebensmittel betr.

Donnerstag, den 24. Oktober.

Nährmittel nach Kundenliste auf Nährmittelkarte vom 12./9. bis 11./10.
Karten A und D Abschnitt III 1/2 Pfund Griech.
Garn. Käse in allen bekannten Geschäften auf Lebensmittelmarke Nr. 28
1/4 Pfund, Preis hierfür Mk. 1.10.
Schandau, den 23. Oktober 1918. Der Stadtrat.

Holzversteigerung.

Cunnersdorfer Staatsforstrevier.

Erbgerichtsgasthof in Cunnersdorf, Dienstag, den 20. Oktober 1918, vorm. 10 Uhr:
65 ficht., ta. fl. Nöbe, 4465 ficht., ta. Derbhangen, 22350 ficht., ta. Reishanggen.
Abteilungen 1, 2, 3, 26, 31, 38, 49, 50 und 52 Durchforstungen.
Kgl. Forstrevierverwaltung Cunnersdorf. Kgl. Forstrentamt Schandau.

Volksbücherei

im neueren Schulgebäude, erste Etage. Aus-
gabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr,
enthält eine reiche Auswahl von Werken unterhaltenden und belehrenden Inhalts
der bekanntesten und beliebtesten Autoren.

Ein Gnadenerlass des Königs von Sachsen.

Die „Sächsische Elbzeitung“ veröffentlicht folgenden
königlichen Gnadenerlass:

Wir, Friedrich August, von Gottes Gnaden König
von Sachsen usw. usw. haben uns entschlossen,
Personen, die von sächsischen bürgerlichen Strafgerichten
wegen politischer Verbrechen und Vergehen zu Strafen
verurteilt sind, insbesondere wegen Straftaten aus Anlaß
oder bei Gelegenheit von Streiks, Straßendemonstrationen,
Lebensmittelnrücken und ähnlichen Ausschreitungen be-
straft sind, in weitem Umfange zu begnadigen. Es ist
unser Wille, daß uns entsprechende Vorschläge gemacht
werden. Das Justizministerium hat das hiernach Er-
forderte zu veranlassen.

Gegeben zu Dresden, den 15. Oktober 1918.
Friedrich August. Dr. Heinze.

Wie man uns meldet, handelt es sich nicht um eine
allgemeine Amnestie für die politischen Vergehen und
Verbrechen, sondern die einzelnen Fälle werden besonders
geprüft und diejenigen Personen, die der Begnadigung
für würdig erachtet werden, sollen zur Begnadigung
empfohlen werden. Ein Höchstmaß der Strafen, wie
sonst bei Gnadenerlassen, ist diesmal nicht vorgesehen.
Es können also auch solche Personen, die zu sehr schweren
Strafen verurteilt wurden, begnadigt werden.

Aus Stadt und Land.

—* Wie wir erfahren, sind auch in unserer Stadt
die Schulen wegen der Ansteckungsgefahr, die mit den
Grippekrankungen verbunden ist, vorläufig bis Ende
dieses Monats geschlossen.

—* Junge Damen, möglichst nicht unter 20 Jahren,
welche Lust haben und sich berufen fühlen, in der
militärischen Krankenpflege sich zu betätigen, werden ge-
beten, sich baldigst im Chirurgen-Zimmer des Reserve-
Lazarets im „Schweizerhof“ zu melden, um möglichst
sofort hier an einem 4—6 wöchigen Kursus zu Helfertinnen
ausgebildet zu werden.

—* Das „Große Los“ der sächsischen Landeslotterie
im Betrage von 500 000 Mk. ist am Sonnabend ge-
zogen worden. Es fiel auf Nummer 33570 in die
Kollektionen Fricke und Kessler in Leipzig.

—* Vom Montag, dem 21. Oktober, sind die Schnell-
züge D 62 und 53 zwischen Dresden Hbf. und Tetschen
(ab Dresden Hbf. 11.45, an Tetschen 12.40, ab
Tetschen 6.05, an Dresden Hbf. 6.55) und die daran an-
schließenden österreichischen Schnellzüge zwischen Tetschen
und Wien bis auf weiteres ausgefallen. Ferner sollen
die österreichischen Personenzüge 223 (12.30 an Bodenbach)
und 224 (3.32 ab Bodenbach) zwischen Bodenbach und
Prag Staatsb. bis auf weiteres aus. Dadurch verlieren
die sächsischen Züge 443: ab Dresden 1.07, an Boden-
bach 2.46 und 452: ab Bodenbach 4.36, an Dresden
Hbf. 6.38 nachm. Anschluß nach und von Prag.

—* Vom 24. d. M. ab beginnt der Fernsprech-Ver-
mittlungsdienst um 8 Uhr.

—* Elbschiffahrtsnotizen. Vom 14. bis mit 20. 10.
1918 passierten das Königliche Zollamt für den Schiffs-
verkehr in Schandau 47 mit Braunkohlen, Sand und
Basaltsteinen, sowie 14 mit Stöckgütern beladene Fahr-
zeuge. Vom 1. 1. bis mit 20. 10. 1918 sind insgesamt
2558 beladene Fahrzeuge bei dem genannten Zollamt
abgefertigt worden.

—* Nachdem sich nunmehr alle hiesigen Gastwirte
in der richtigen Erkenntnis, daß es not tut, eventuellen
Schwierigkeiten gegenüber, die dem Gewerbe erwachsen,
durch straffe Organisation gestärkt zu sein, ihrem Berufs-
verein angeschlossen haben, unternahmen die Mitglieder
des Gastwirtsvereins gestern einen Ausflug nach
dem Lilienstein. Begünstigt von prächtigstem Wetter,
sand dortselbst nach lohnendem Aufstieg gemüthliches Bei-
sammensein statt, bei welcher Gelegenheit Erfahrungen
ausgetauscht wurden, aus denen jeder gute Lehren
ziehen konnte.

—* Der Erfolg des Werbetages für den Heimatbund
der Amtshauptmannschaft Pirna. Der diesjährige Sedantag
war bekanntlich unserem Heimatbund und seinen
schutzbefohlenen Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen
gewidmet. Ueber 3000 neue Mitglieder wurden dem
Verein an diesem Tage zugeführt. Fährwar ein bereites
Zeichen dafür, daß der Gemeinssinn in unserem Bezirke
noch in altbewährter Weise sich betätigt. Und da geehrt
es sich, denjenigen zu danken, die uneigennützig an jenem
Tage geholfen haben, den schönen Erfolg zu erreichen:
den Herren Schulleitern, Lehrern und Vertrauensmännern
des Heimatbunds und nicht zuletzt den braven Schulkindern.
Dies soll hiermit namens des Vereins Heimatbund
geschehen mit dem Wunsche, daß Segen auch dieser
Mühe Preis sei.

Hohnstein. In der letzten Stadtgemeinderatsitzung
wurden zur Staatssteuer- und Ergänzungssteuerkommission
die Herren Bürgermeister Haugmann und Stadtrat
P. Mai, als Ersatzmänner die Herren Stadtverordneten
Geißler und Hänfel wieder bez. neugewählt. Auf An-
regung der Königl. Amtshauptmannschaft wurde ein
Ausschuß zur Ueberwachung der Milchzeugung gebildet,
bestehend aus den Herren Stadtv. Kantor Postler als
Vorsitzenden, Hänfel und Molle als Ruhhalter, Geißler
und Haase als Verbraucher. Ein Besuch der Stadt
Dresden um Genehmigung der Abführung der Abwässer
des Dresdner Helms wurde nach den Vorschlägen des
Bauausschusses genehmigt. Desgleichen fanden die Be-
schlüsse desselben Ausschusses bezüglich des Stadtteiches
Annahme. Die Straßenbeleuchtung soll nach der nächsten
Mondscheinperiode wieder wie im Vorjahre durchgeführt
werden.

Dresden. Infolge der Zunahme der Grippe-Er-
krankungen sind sämtliche Schulen der Stadt bis zum
26. Oktober geschlossen.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin, 23. 10. Die „Post. Tag.“ sagt: Es war das erste
Mal, daß von amtlicher Seite das Wort nationale Verteidigung
angeführt wurde. Prinz Max ließ keinen Zweifel daran, daß
die deutsche Regierung durchaus den Fall einer Abrechnung des
deutschen Friedensversuchens durch den Präsidenten Wilson in
Betracht zieht. — Wenn das deutsche Volk sich wirklich vor das
bittere Maß eines Endkampfes gestellt sehen würde, so könnten die
großen Opfer, die dann verlangt werden, nur aus einer Stimmung
der Begeisterung und Opferwilligkeit gebracht werden, die der von
1914 nicht nachstehen darf. — „Der erste Tag des neuen Deutschland“,
so überschreibt die „Vorzeitung“ ihre Betrachtung über die gelungene
Reichstagsfeier. Das Bekenntnis des Reichstages zur der neuen
deutschen Staatsform, dem Parlamentarismus, war ohne Ein-
schränkung, war so weitgehend, daß alle, die eine neue Zeit ersehnten,
weil das Volk seit langem reif für sie war, befriedigt sein konnten.
— Im „Berl. Tagebl.“ heißt es: Die Rede des Kanzlers war in
ihrem Ton von jenem Ernst und jener Würde getragen, die der
gegenwärtigen Stunde angemessen ist. Sachlich war sie ein Versuch,
die neue politische Gestaltung zu charakterisieren, die nach der
Parlamentarisierung in die Reichstagsfeier eingegangen ist. Das
Erlöse trat in den Vordergrund, und außer- und innerpolitisch
zog der Prinz mit klaren Worten die notwendigen praktischen
Folgerungen aus der neuen Situation.

Letzte Drahtmeldung.

Deutscher Heeresbericht.
Großes Hauptquartier, den 23. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die Kämpfe
in der Vos-Riederung dauern an. Heftige Angriffe des Gegners
beiderseits von Dinze. Nördlich der Stadt wurden sie abgewiesen,
südlich der Stadt nach anfänglichem Geländegewinn durch Gegen-
stoß westlich der Straße Dinze—Offene zum Stehen gebracht.
Nördlich von Kortrik wurden wir von Norndon von Nichte auf
den Ostrand zurückgedrückt. Beiderseits des Ortes sind starke
feindliche Angriffe gescheitert. In erbittertem Kampfe wurden die
Höhen bei Reiberg vom sächsischen Inf.-Reg. Nr. 10 unter
seinem Kommandeur Major Grüner gegen 4fachen Ansturm des
Gegners gehalten. Teilaufgriffe in der Scharbe-Riederung beider-
seits von Tournai und Valenciennes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Südlich von
Marie räumten wir den vorübergehend verteidigten Brückenkopf
an der Serre und Souche und nahmen unsere Linien hinter die
Nachabschnitte zurück. An der Aisne wiesen wir heftige Angriffe
des Gegners beiderseits von Hantuil ab.

Auf dem östlichen Aisne-Ufer beiderseits von Bouziers und
westlich von Digny haben die Kämpfe größeren Umfang angenommen.
Unter schwerstem Artillerieeinsatz griff der Feind am frühen Morgen
zwischen Terron und Falaize sowie zwischen Digny und Beaurepaire
an. Auf den Höhen westlich von Vallay konnte der Angriff etwas
Boden gewinnen. An der übrigen Front ist er vor unseren Linien
gescheitert.

Auch am Nachmittag brach der Feind nach erneuter Artillerie-
vorbereitung zum Angriff vor. Das erste bayerische Infanterie-
regiment unter Führung seines Kommandeurs Major Schmidler
hat in jäher Verteidigung die Höhen östlich von Chetres gegen
mehrfachen Ansturm überlegenen Gegners gehalten. Auch auf
der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten für
ihn abgewiesen.

Heeresgruppe v. Gallwitz. Zwischen Argonne und
Maas und zwischen Maas und Mosel rege nächtliche Feuerstätigkeit.
Teilkämpfe westlich der Maas und westlich der Mosel ohne besondere
Ergebnisse.

Leutnant Büchner errang seinen 40. Luftsieg.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Der neue Kurs in Deutschland.

Rede des Kanzlers im Reichstage.

(109. Sitzung.)

CB. Berlin, 22. Oktober.

Die heutige Reichstags-Sitzung trug ein ganz besonderes Gepräge. Das Haus wußte, daß der Kanzler neue programmatische Erklärungen abgeben und seine alten vertiefen und ergänzen wollte. Alle Bänke und die Tribünen waren gut besucht und mit ungeheurer Spannung sah das Haus den Ausführungen des Kanzlers entgegen.

Sitzungsbericht.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Payer, Graf Roedern, Rüdlin, Risso, Graeber, Scheidemann, Kaufmann, Erzberger, Trimborn, Scheuch, v. Mann, v. Breitenbach, Dr. Solf, Bauer, Schiffer.

Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten Lehrenbach werden die kleinen Anfragen von der Tagesordnung abgesetzt und der Gelegenheitsbesuch über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft wird auf Antrag des Abg. Dove (Sp.) dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen. Zur Beratung gestellt werden dann die neuen Gesetze zur Abänderung des Reichsverfassung, d. h. der Gelegenheitsbesuch über die Stellvertretung des Reichskanzlers und die Vorlage über die Mitwirkung des Reichstages bei Kriegserklärungen und beim Friedensschluß. Im Anschluß an diese Vorlagen findet eine allgemeine politische Aussprache statt. Der Präsident erteilt sofort das Wort dem

Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Seitdem ich zum ersten Male zu Ihnen sprach, sind infolge der Friedensaktion, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst kamen des Präsidenten Wilsons Gegenfragen, unsere unabweidliche bejahende Antwort hat zu erneuten Anfragen des Präsidenten geführt und unsere Antwort darauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren,

Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt.

Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatte möge sich eine dem Ernste der Stunde entsprechende Beschränkung auferlegen. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angebetet worden. Diese Debatte gibt den Äußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als dieses eine sagen: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage:

Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden?

auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Geringfügigen Streit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgetragen wird, wie er auch in gleicher Lage bei uns ausgetragen werden müßte. Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei da, in dem sie alle die angeammelten Leiden, den Doh und die Nachschuß, auf dem Boden unserer deutschen Heimat stillen können; auf der andern Seite sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerverbundes vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute keine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet:

Es irgend eine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, Zwangsmittel zur Durchsetzung des von ihr vertretenen Rechtes gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Übereinkunft den Frieden zu erhalten oder, auf die gegenwärtige internationale Lage angewandt, ihn zu erreichen.

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die feindlichen Gewalten erkennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volk keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewissheit bringen. Bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten stützen: Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das bis zum äußersten geht. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampfflos dem Gewaltfrieden zu beugen. (Beif. Zustimmung.)

Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Betrachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben (Sehr richtig) und würde vom Jörn der Öffentlichkeit hinweggeleitet. Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden, die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nun ein Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt — was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben. Ja, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Nachstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern für recht erkannt wird.

Eine schwere Überwindung für ein stolzes und siegesgewohntes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen dürfen. Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes. Uns ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutschlandfeindliches Tribunal bedeutet. Wenn dem so wäre — warum scheuen denn alle die extremen Nationalpolitiker in der Entente das Verhandlungstisch wie der Schwidige das Gericht!

Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerverbund.

Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker sich zur nationalen Selbstüberwindung aufraffen. Das Zustandekommen einer solchen Völkergemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von anderen. Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung folgen.

Verharren wir immer noch auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. (Sehr richtig.) Dann

bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lahmlegen wird. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwiligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Beifall.)

An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichem Ernst, mit aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbteil ist.

Wir brauchen nur auf die Zeit vor zwei Generationen zurückzugreifen, um alle notwendigen moralischen Triebfedern für die neue Entwicklung vorzufinden. Sind aber einmal diese Menschheitsziele unser, so wird die Zusammenarbeit der Nationen zu einer großen befreienden Aufgabe.

Ich möchte meine Worte zitieren, die ich am 19. Februar sagte: „Der bloße Völkerverbund, wenn er allein steht, läßt große menschliche Kräfte unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht unserer Völker in unser nationales Leben aufnehmen.“ Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerverbundgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Kein Mensch kann sagen, ob das rasch oder langsam gehen wird.

Wägen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampf aufzuziehen oder mag sich der Weg zum Frieden eröffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entscheidende Abkehr vom alten Wege bedeutet. (Bravo!)

Damit bin ich zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung Rechenschaft schuldig bin.

Meine Herren, ich habe Ihnen schon am 15. Oktober die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedente und die dem Programm der Wehrbereitstellung entsprachen. Durch diese Grundsätze geleitet habe ich mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freibewegliche Zustände herbeiführen sollen. Die

Reform des Wahlrechts in Preußen

ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts dort gesichert ist. (Beif. Bravo!) Dem Reichstag liegt dort Gesetzentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von den Verfassungsschranken befreien soll, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit schaffen, in die Reichsleitung einzutreten, ohne ihr Reichstagsmandat zu verlieren. Das ist unerlässlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und der Obersten Reichsbehörde so fest bleiben soll wie die gemeinnützige Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Änderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der Obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden, in Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede halten können, ohne zugleich ein Ressort bekommen zu haben. Wir sind überzeugt, daß sich dieser neue Weg als Juringer wertvoller bisher brachliegender Volkskräfte nicht nur für die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament erweitern wird. Der Aufstieg geborener Führer aus allen freien Berufen wird dadurch nicht versperrt. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einhebung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Man könnte es zwar bezweifeln, ob es der Befristung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da kein Kanzler oder Staatssekretär im Amte bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat. (Sehr richtig.) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine Neuordnung des öffentlichen Rechts bekräftigt und verhärtet wird und ich hoffe deshalb, dem Reichstag das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können. (Bravo!)

Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichsländern

zur natürlichen Folge gehabt. Die Statthalterhaft in Elsaß-Lothringen hat ein Elsaßler übernommen, ein Elsaßler ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weiter führende Männer aus der zweiten Kammer des Landtages eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Statthalter mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und es der Öffentlichkeit darlegen wird.

Der zweite Entwurf, der die Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung beweist, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsweise. Er will, daß der Reichstag als die berufene Volksvertretung bei der Entscheidung der wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation, bei der

Frage von Krieg und Frieden

ein volles Mitbestimmungsrecht hat. (Beif. Bravo.) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reiches und seiner Beziehungen zu den anderen Nationen. Im weiteren Verlauf seiner Rede befaßt sich der Reichskanzler mit dem Wehrerzeugnis, den er während der Kriegszeit als noch nicht endlich bezeichnet, und nimmt im übrigen Bezug auf sein Programm vom 6. Oktober, das zum Teil bereits zur Ausführung gelangt ist. Der Reichskanzler fährt fort: Allen Schritten auf der neuen Bahn, die ich aufgezählt habe, haben alle verfassungsmäßigen Instanzen einmütig zugestimmt. Wenn Sie, moran ich nicht zweifle, dem Verlangen auch Ihrerseits zustimmen, so wird die Volksregierung fest in den Reichsgesetzen verankert werden. Gegenüber der Wehrheit des Reichstages stelle ich namens der Regierung fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziel als auch in der Art, in dem wir ihn nachstreben, vollständig einig sind.

Das Ziel, dem wir nachstreben, ist die politische Mündigkeit des deutschen Volkes.

(Beifall bei der Wehrheit.) Das deutsche Volk sieht seit langem im Sattel, nun soll es reiten. (Beifall bei der Wehrheit.) Unser Volk hatte schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher seiner politischen Reife Nachbarn beneidet hat. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war von jeder in jeder Hinsicht vorbildlich auch für andere Völker. (Sehr richtig.) Das Reichstagswahlrecht war lange Zeit das freieste Wahlrecht der Welt, aber das deutsche Volk machte von seiner Macht an den entscheidenden Punkten keinen Gebrauch. Seine Hauptkraft zeigte sich in großen Einzelfeldzügen außerhalb der Politik.

Nicht der Willkür der eingelegten Gewalten, sondern dem Mangel an politischen Willen verdankt das deutsche Volk, daß es so lange als der Obrigkeitsskizzen galt. (Sehr richtig.)

Seit dem Juli 1917 reifte der Entschluß zur politischen Verantwortung und Ende September 1918 kam es zum Durchbruch. Jetzt soll dieser Beschluß gesetzliche Festlegung erhalten. Darin liegt die Gewähr für den Bestand und die Dauer des neuen Systems.

Wir dürfen nicht um des Auslandes willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Her zu werden, zu Regierungsformen greifen, hinter denen nicht unsere innere Über-

Das Angebot an Wilson

Ist kein Zeichen deutscher Schwäche. Die deutsche Front wird standhalten, wenn der Feinde Vernichtungswille die dargereichte Friedenshand zurückweist. Untreue eines Bundesgenossen darf keine Breche schlagen in unsere Einheitsfront. Der Erfolg der 9. Kriegs-Anleihe sei ein Beweis für des deutschen Volkes eisernen Willen, sich zu behaupten.



ernung steht und die nicht der Ausdruck unserer Eigenart sind. (Sehr richtig.) Um unsere Eigenschaften ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können.

Vor den Toren steht der Feind,

unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapfern, die sich gegen eine Übermacht verteidigen und die wir gegen ungerechte Anflüge verteidigen. (Lebhafter Beifall.) Unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer, sie kämpfen mit der Sorge um die Heimat, sie kämpfen mit dem Gedanken an den Frieden, aber sie halten Stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: Die Heimat läßt euch nicht im Stich, was nur ein Volk euch geben kann, das soll euch werden. (Stürmischer Beifall.)

Die Aussprache.

In der folgenden Aussprache verliest Abg. Gerold (Str.) eine Erklärung seiner Partei, die noch einige Wünsche verfassungsmäßiger Natur vorbringt. Sie schließt mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß sich das deutsche Volk nicht vernichten läßt. Wenn es nötig sei, müsse der letzte Mann zur Rettung des Vaterlandes aufgetreten werden.

Abg. Ebert (Soz.): Die Demokratie hat in Deutschland die Macht ergriffen, weil nur sie das Land zu retten vermag. Die verunstaltete Bureaucratie und das bürokratisierte Justizsystem haben ausgeblüht, die Militärgewalt darf nicht länger Staat im Staat sein, für das persönliche Regiment ist kein Raum mehr. Am Schluß seiner Rede sucht der Abg. Ebert den Eintritt seiner Partei in die Regierung zu erklären, gewissermaßen zu entschuldigen.

Abg. D. Naumann (Vo.) beschäftigt sich mit dem alten und neuen System in unserer Politik. Das alte System sei zusammengebrochen, aber das, was wir lebt an Neuerungen erleben, sei nicht der Anfang einer neuen Epoche, sondern erst der Übergang zum Anfang.

Morgen wird die Aussprache fortgesetzt.

Die Zukunft Litauens.

Erklärungen des Reichskanzlers Prinz Max von Baden.

Berlin, 21. Oktober.

Der Reichskanzler empfing gestern vormittag das Präsidium der litauischen Lande, den Präsidenten Smetona, Dr. Schaulis und Professor Boldemar, die ihm die Wünsche des litauischen Volkes für die Neugestaltung des litauischen Staates vortrugen. Der Reichskanzler machte den Herren über die Auffassung der deutschen Regierung folgende Mitteilung:

Wie im Reichstage verkündet, will das Deutsche Reich dem litauischen Volke selbst die Regelung seiner Verfassung und seiner Beziehungen zu den Nachbarvölkern überlassen. Nachdem das Deutsche Reich das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkannt hat, muß gemäß den abgegebenen Erklärungen der Wille der Bevölkerung selbst über die staatliche Zugehörigkeit entscheiden. Es liegt daher auch nicht in der Absicht der Reichsleitung, selbständig eine Entscheidung über die Grenzen Litauens und Polens zu treffen. Ebenso ist beabsichtigt, die geschgebende Gewalt einer eigenen litauischen Regierung zu übertragen.

Es wird Sache der Litauen sein, diese vorläufige Regierung unter Hinzuziehung aller Schichten und Nationalitäten der Bevölkerung zu bilden.

Die Bildung der in Aussicht gestellten allgemeinen Volksvertretung auf breiter Grundlage wird Aufgabe der vorläufigen litauischen Regierung sein. Die von der kaiserlichen deutschen Regierung verheißene Umwandlung der Militär- in eine Zivilverwaltung ist bereits in die Wege geleitet. Diese deutsche Zivilverwaltung wird nur die vollziehende Gewalt so lange ausüben, bis die litauische Regierung nach Aufbau ihrer einzelnen Ressorts in der Lage ist, sie selbst zu übernehmen.

Obwohl die Reichsleitung den Wunsch hat, die gesamten deutschen Truppen sobald wie möglich aus Litauen zurückzuziehen, ist sie bereit, den vielfachen aus dem Lande geäußerten Wünschen entsprechend, Truppen und Verkehrsmittel einstweilen im Lande zu belassen. Der vorläufigen litauischen Regierung würde die Schaffung einer Miliz und Volkzeitung obliegen.

Siegreiche Abwehr bei Le Cateau.

Mitteilungen des Wolffischen Telegraphen-Bureaus

Großes Hauptquartier, 21. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Speeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern wurde vor und um den 20. Abschnitt zwischen Arkel und Kortrijk heftig gekämpft.

In Somergen vorübergehend eingedrungenen Feind warfen wir im Gegenstoß wieder zurück. Heiderseits von Deynze setzte sich der Gegner auf dem Westufer der Ans fest. Teile, die südlich der Stadt über den Fluß vordrangen, wurden zum größten Teil gefangengenommen. Ein Franzosenehe blieb auf östlichem Ufer zurück. Östlich von Kortrijk stieß der Feind über Deerlijf und Zwevegem vor. Auf den Höhen westlich und südwestlich von Bichte brachten wir seine Angriffe zum Stehen, nördlich der Schelde wiesen wir den Feind vor unseren Linien ab. Nördlich von Tournai hat der Gegner die Schelde erreicht. Südlich von Tournai standen wir mit ihm in der Linie St. Amand-östlich von Denain und auf den Höhen östlich und nordöstlich von Waspres in Gefechtsfähigkeit.

Beiderseits von Solesmes und Le Cateau griff der Engländer gestern in Ausdehnung seiner am 17. und 18. 10. zwischen Le Cateau und der Oise geführten Angriffe mit starken Kräften an.

Zwischen Commaing und Bertain blieben seine Angriffe auf den Höhen westlich der Harpies-Niederung in unserer Abwehrwirkung liegen; beiderseits von Solesmes brachten wir den über unsere vorderen Linien hinaus vordringenden Feind auf den Höhen östlich und südöstlich der Stadt zum Stehen. Romeries und Amerval gingen ver-

Unsere schwere Zeit

fordert Einstellung der Kräfte auf die neue Lage. Auch Umwälzungen im Reich und unerfüllte Hoffnungen auf Schlachtenglück dürfen nicht vergessen lassen, daß die Geschlossenheit des Volkes oberste Pflicht bleibt. Der Erfolg der 9. Kriegsanleihe soll beweisen, daß Deutschlands Stohkraft ungebrochen ist, bereit zum Frieden, fähig zum Kampf.



loren und wurden im Gegenstoß wiedergewonnen. Beiderseits von Le Cateau haben wir unsere Stellungen nach hartem wechselndem Kampfe im allgemeinen behauptet. Die brandenburgische 44. Reserve-Division unter Führung des Generalmajors Haas hat sich hier besonders bewährt. Der mit großen Mitteln unternommene Angriff des Feindes ist somit auf der ganzen 20 Kilometer breiten Front bis auf beschränkten Vordringewinn des Gegners an der Fähigkeit unserer durch Artillerie wirksam unterstützten Infanterie gescheitert.

Nördlich der Serre wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen.

Beiderseits der Straße Laon-Marle säuberten wir im Gegenangriff Teile unserer noch in Feindes Hand gebliebenen Linien und wiesen starke Gegenangriffe ab. Auch westlich der Aisne nahmen ostpreussische Bataillone und das in den letzten Kämpfen besonders bewährte Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 231 im Gegenangriff ihre Stellung wieder und schlugen feindliche Angriffe ab. Östlich von Vouziers suchte der Feind seine am 19. Oktober erzwungenen Erfolge durch Fortsetzung seiner Angriffe zu erweitern. Vornehmlich sind sie am Gegenangriff des Infanterie-Regiments Nr. 411 und an der zähen Abwehr der 7. Kompanie bayerischen Infanterie-Regiments Nr. 24 gescheitert.

Seeresgruppe Gallwitz.

Östlich von Vantherville wurden Tealangriffe der Amerikaner abgewiesen. Im übrigen blieb die Geschäftstätigkeit beiderseits der Maas in mäßigen Grenzen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. An der Morava schlugen wir erneute Tealangriffe der Serben ab.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Erfolgreiche Gegenangriffe.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus. Großes Hauptquartier, 22. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Yser und Schelde Infanteriegefechte. Mehrfach suchte der Feind mit kleineren und stärkeren Abteilungen die Flüsse zu überschreiten. Nordöstlich von Kortrijk drang er mit starken Kräften gegen unsere Linien vor. Er wurde überall verlustreich abgewiesen.

Bizewachtmeister Müller der 9. Batterie Feldartillerie-Regiments Nr. 221 vernichtete hierbei 6 Panzerwagen des Gegners. Engländer besetzten die von uns gesicherten Kirchhöfe von St. Amand mit Maschinengewehren. Beiderseits von Solesmes und Le Cateau hat der Feind seine Angriffe nicht erneuert. In nördlichen Teilkämpfen bleiben die Gefohste von Amerval in seiner Hand.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. Französische Angriffe, die am Morgen nördlich der Serre, am Nachmittag auf breiterer Front zwischen Duse und Serre gegen unsere Linien vorbrachen, wurden abgewiesen. Nordwestlich von Mesbrecourt führten schlesische Truppen einen erfolgreichen Gegenangriff durch.

Auf den Aisne-Böden östlich von Vouziers dauern heftige Kämpfe an. Württembergische Regimenter haben im Verein mit preussischen und bayerischen Bataillonen dem Feinde in erfolgreichem Gegenangriff die Böden östlich von Vandy, zwischen Vassy und Chetres und nördlich von Fraillais wieder entzogen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet. Östlich von Clzy scheiterte ein Tealangriff des Feindes.

Seeresgruppe Gallwitz. Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Amerikaner nördlich von Sommerance und breiterer Front beiderseits von Vantherville an. Im Feuer und im Gegenstoß sind die Angriffe des Gegners gescheitert. Vornehmlich im Feuer unserer Maschinengewehre und Infanteriegeschütze erlitt der Amerikaner hohe Verluste.

Aus einem Geschwader von 8 feindlichen Flugzeugen.

das Crischaffen im Zahntal angriff, wurden 4 Flugzeuge abgeschossen.

Leutnant Beltjens errang seinen 35. Luftsieg. Südöstlicher Kriegsschauplatz. Nordöstlich von Krulovac und Bukovic erweiterten feindliche Angriffe. Erfolgreiche eigene Unternehmungen bei Trubarevo an der südlichen Morava.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Widerlegung der Greuelmärchen.

Berlin, 22. Oktober.

In einer Unterredung mit dem Direktor der Nordd. Allgemeinen Ztg. erklärte der preussische Kriegsminister, daß die augenblickliche Überlegenheit der Feinde im Gebrauch der Tanks liegt. Es sei bei uns kräftig gearbeitet worden, um auf diesem Gebiet einen Ausgleich zu schaffen, falls wir den Krieg fortsetzen müssen. Mit großen Nachdruck wandte sich der Kriegsminister gegen die Greuelmärchen und gegen die Unterstellung, daß wir Einwohner der geräumten Gebiete verschleppt hätten. Dagegen erhob er lebhaftes Ansehen gegen die Kriegsführung unserer Gegner und führte aus: „Daß bei einer so langen Dauer des Krieges und bei derartigen Massenheeren Ausschreitungen und Rohheiten einzelner vorkommen, liegt auf der Hand. Wo sie zur Kenntnis der Vorgesetzten kommen, werden sie rücksichtslos geahndet. Unsere Gegner werden sich von derartigen Vorwürfen, über die mir eine Menge amtliches Material vorliegt, gewiß nicht freisprechen wollen, um so weniger, als sie wilde Völkerverstümmelungen in den Reihen ihrer Kämpfer verwenden.“

Sierbei legte der Minister eine Anzahl photographischer Abbildungen vor, die u. a. offensbare Gräberschändungen und systematische feindliche Verschleppungen von Dörfern und Städten zu Trümmerhaufen erkennen ließen, und erinnerte dabei an Winston Churchills Rede in Glasgow, in der er sich damit rühmt, daß mehr als 10 000 Granaten täglich von englischer Artillerie auf den Feind geschleudert würden. „Wir können also ruhig das Urteil der Welt abwarten“, schloß der Minister, „müssen aber die Bedingung genauer und unparteiischer Untersuchung stellen und Gerechtigkeit fordern für den deutschen Kämpfer, der über vier Jahre an der Front tapfer und aufopfernd seine Pflicht erfüllt, gewiß nicht schlechter als sein Gegner.“

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Empfang der neuen Staatssekretäre beim Kaiser vollzog sich in den herkömmlichen Formen. Die Vorstellung der Staatssekretäre Scheidemann, Groeber, Erzberger, Haugmann, Trimborn, Bauer und der Unterstaatssekretäre David, Giesberts, Robert Schmidt, Dr. August Müller erfolgte durch den neuen Chef des Zivilkabinetts von Delbrück. Zu Beginn hielt der Kaiser eine kurze Ansprache, die sich, gutem Vernehmen nach, in erster Linie mit der innerpolitischen Neuorientierung in Deutschland beschäftigte. Dann zog der Monarch jeden der Anwesenden in ein kurzes Gespräch. Mit den Herren, die ihm bereits bekannt waren, unterhielt sich der Kaiser besonders eingehend. Die politische Lage wurde während der Unterhaltung nicht gestreift. Der Empfang dauerte etwa eine halbe Stunde.

Die Selbständigkeit Livlands und Estlands ist nunmehr von der deutschen Regierung amtlich anerkannt worden. Dem Vorsitzenden des Vereinigten Landestages von Livland, Estland, Kiga und Osel, Baron Pilar von Pilchau, wurde eine vom Kaiser vollzogene Urkunde überreicht, nach der, da Rußland durch den Artikel 7 des deutsch-russischen Ergänzungsvertrages zum Brester Friedensvertrag auf die Staatshoheit über Estland und Livland verzichtet habe, diese Gebiete im Namen des Deutschen Reiches als frei und selbständig anerkannt werden. Der ständige Ausschuß des Vereinigten Landestages trat aus diesem Anlaß im Alqaer Schloß zusammen.

In politischen Kreisen waren in den letzten Tagen Gerüchte verbreitet, wonach die dänische Regierung wegen Nord Schleswig eine Note an die deutsche Regierung gerichtet habe. Wie an zuständiger Stelle erklärt wird, ist dieses Gerücht unzutreffend. Dagegen ist es richtig, daß in der skandinavischen Presse mehrfach eine Erörterung der nord-schleswigschen Frage verlangt worden ist. Diese Pressestimmen bilden offenbar die Grundlage des Gerüchtes.

Osterreich-Ungarn.

Die Umbildung des österreichischen Staates sieht auf immer größere Schwierigkeiten, je mehr man der praktischen Lösung des Problems naht. Vor allem ist wieder die Lebensmittellieferung zu einem nationalen Kampfmittel geworden, indem Böhmen, Mähren, Galizien und Ungarn die Zufuhr nach Deutsch-Osterreich eingestellt und damit die Gefahr einer Hungersnot unmittelbar heraufbeschworen haben. Inzwischen mehren sich auf allen Seiten die Kundgebungen, die eine Auflösung des Reiches

erzählen. Von den Entschliessungen der Tschechen, Südlawen und Deutsch-Osterreicher wird die Zukunft der Donaumonarchie abhängen. In diesem Zusammenhang ist ein Beschluß des Volksrates von Mittelsteiermark interessant, der für einen Anschluß aller deutschen Teile Osterreichs an das Deutsche Reich eintritt.

Belgien.

Eine umfassende Amnestie im besetzten Belgien wird jetzt bekanntgegeben. Der Generalgouverneur Generaloberst Freiherr v. Falkenhayn hat unter dem 18. Oktober allen Belgiern und Angehörigen neutraler Staaten, die von deutschen Militärgerichten oder Militärbehörden im Gebiete des Generalgouvernements zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind und ihre Strafe zurzeit in Belgien verbüßen, den Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen. Ausgeschlossen sind diejenigen, die wegen gemeiner Verbrechen verurteilt worden sind. Der Generalgouverneur hat weiter bestimmt, daß diejenigen Belgier und Angehörigen neutraler Staaten, gegen die im militärpolizeilichen Verfahren Freiheitsentziehung verfügt worden ist und die sich zurzeit in Belgien oder Deutschland in Lagern befinden, freigelassen werden. Mit der Entlassung ist am 21. Oktober d. J. begonnen worden. Nur eine beschränkte Anzahl von Persönlichkeiten, deren freie Bewegung in Belgien nach der Natur der Dinge nicht möglich ist, solange daselbst noch gekämpft wird, wird erst bei der Räumung Belgiens in Freiheit gesetzt werden. — Für diejenigen Belgier, die ihre Strafe in Deutschland verbüßen, ist ein gleicher Gnadenakt in Vorbereitung.

Polen.

Auf einer Versammlung der Vertreter aller Parteien, ausgenommen die polnische Sozialistenpartei — Linke und Sozialdemokratie — des Königreichs Polen und Litauens, wurde unter dem Bedauern des Fehlens von Vertretern Groß-Polens und Bolems eine Entschliessung gefaßt, in der der Interparteiliche Klub die sofortige Bildung der Regierung und Schaffung eines Nationalrats aus allen drei Teilungsgebieten und die Berufung des Landtags forderte. Die linken Gruppen erklärten einmütig, daß sie im Hinblick auf die bestehenden Disputationsverhältnisse der Regierung nicht beitreten könnten. Die Rechte machte dagegen ihr Verhältnis zur zukünftigen Regierung von deren Zusammensetzung, ihrem Programm und ihren ersten Schritten abhängig. Die vereinigten Volksparteien Kongresspolens und Galiziens forderten vor allem die Bildung einer Regierung aus Vertretern aller polnischen Teilgebiete.

Rußland.

Nach Bekanntgabe der Bereitwilligkeit Deutschlands auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte auf Friedensverhandlungen einzugehen, sehen die bemittelten russischen und polnischen Kreise sowie die Juden mit großer Sorge der Räumung aller Gebiete östlich der alten Stellungen entgegen. Gerüchte von Greuelthaten der Bolschewiken im bereits geräumten Gebiete vermehren ihre Furcht. Nach Aussage des Flüchtlingskommissars in Gorjany (Bahn Bolog-Bitebsk) sehen die Litken der im besetzten Gebiet durch das Vollzugskomitee in Bitebsk zum Tode Verurteilten zwei Kategorien vor: 1. Eisenbahnbeamte in höheren Stellungen und 2. Gutsbesitzer.

Über die Pläne der Bolschewiken macht die „Pravda“ seltsame Mitteilungen. In einem Leitartikel des Blattes, der „Rußland und Europa“ betitelt ist, heißt es u. a.: Die russische Kommunistenpartei der Bolschewiken verstand, indem sie sich als ein Teil des internationalen Proletariats fühlte und sich den Interessen der internationalen Revolution unterordnete, beim Brester Friedensnationalen Erwägungen zu entsagen, um als Fadel der Arbeiter- und Weltrevolution zu dienen und als unausbleibliches Ergebnis des Weltkrieges den Krach des Kapitalismus herbeizuführen. Jetzt von Worten zu Taten übergehend, will die Sowjetregierung ungeachtet der härtesten Verpflegungsstrafe dem deutschen Proletariat mit Brot und Waffen und Revolutionserfahrungen zu Hilfe kommen. Zu diesem Zweck wird das sozialistische Rußland seine besten Mitarbeiter nach den Ländern des Westens schicken, wo sie fruchtbareren Boden finden werden.

Großbritannien.

Die Stellung Englands zu den 14 Punkten Wilsons kennzeichnete Bonar Law in der letzten Sitzung des Unterhauses. Im Namen der Regierung erklärte er, daß die Regierungen der Entente zu den 14 Punkten des Präsidenten der Vereinigten Staaten und seinen späteren Kriegszielklärungen noch keinerlei Stellung genommen hätten. Ebensovienig hätte die Entente die Frage erörtert, ob die 14 Punkte Wilsons als Grundlage für Friedensverhandlungen mit Deutschland dienen könnten. Auf weitere Anfragen, die sich mit dem gleichen Gegenstande befaßten, lehnte Bonar Law die Antwort ab. Mit anderen Worten, die englische Regierung will sich nicht festlegen; sie lehnt auch heute noch eine deutliche Kriegszielklärung ab.

Tue Deine Pflicht und zeichne 9!

Gute Bewirtung Gute Bewirtung!

Hotel und Restaurant „Frintalmühle“

Post- und Bahnstation Vorchdorf b. Schandau (Sächs. Schweiz) im herrlichen Polenzstale, sowie am Ausgang des Tiefens u. Ohelgrundes gelegen.

3 Minuten von Bahnstation Vorchdorf; 50 Minuten von Dampfer- und Bahnstation Schandau.

Als Sommerfrische zu längerem oder längerem Aufenthalte bestens empfohlen.

Schöner, großer, schattiger Garten, Veranden, Platz für 600 Personen.

Vorzügl. Küche. Elektrisches Licht. Bad. Aufspannung.

Telefon: Amt Schandau Nr. 282.

Mit größter Hochachtung **Bruno Haufig.**

Manifeste hält stets vorrätig die Geschäftsstelle d. Bl.

3. Etage

zum 1. Januar an kinderlose Leute zu vermieten. **Hb. Engelhardt, Schandau,** Poststraße 34.

In Villa Karlsruhe

sind Wohnungen zum Preise von 500 Mark (5 Zimmer, elektrisches Licht, Wasserleitung, Küche und Zubehör) für sofort oder später zu vermieten.

Dresden Scheffelstr. ist die richtige Quelle für **Straußenfedern.**

Hesse

Prima beste „Atama“-Straußenfedern kosten: 30 cm lang 3 M., 35 cm 4 M., 40 cm 5 M., 43 cm 6 M., 45 cm 8 M., 47 cm 10 M., 50 cm 12 M., 52 cm 15 M., 55 cm 18 M., 60 cm 25 M., — „Atama“-Edelstraußenfedern kosten: 30 cm 9 M., 35 cm 12 M., 40 cm 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 30 M., 55 cm 42 M., 60 cm 48 M. **Schmale Straußenfedern**, nur ca. 10 cm breit, kosten ca. 20 cm lang 30 Pf., 34 cm 50 Pf., 40 cm 1 M. — 15 bis 18 cm breite Federn kosten ca. 1/2 m lang 3 M., alles echt Strauß, hutfertig. — **Reiher**, echt und imitiert, 1 M., 2 M., 3 M., bis 300 M. — **Blumenranken**, Eichen-, Wein- u. Lorbeer-, Vasenblumen, Gold- und Silbermyrthenkränze usw., Preisliste frei.

Schlacht-Pferde

kauft jederzeit **H. W. e h n e r, Bad Schandau.** Telephon Nr. 175.

Nachlassversteigerung

Sonntag nachm. von 3 Uhr ab soll der **Nachlass der verfl. Frau verw. Pöthle i. Oltrau Nr. 22b** daselbst öffentlich versteigert werden. **Der Ortsrichter.**

Ausschreibung.

Für unseren **Totenbettmeister Hering**, z. St. beim Militär, wird sofort **ein Stellvertreter gesucht.**

Geeignete Bewerber wollen sich beim Pfarramte melden.

Der **Kirchenvorstand zu Schandau.**

Myrthen- arbeiterinnen

— einfache Streifarbeit — sucht für dauernd **Oscar Nießner, Sebnitz,** Gartenstraße.

Besseres Dienstmädchen,

im Haushalt bewahrt, sucht **Frau Kipper,** Rudolf Sebnitz-Straße 282 G. Die Ausschreibung der Zeitung erfolgt nur gegen Vorlegung der Quittungskarte!

Nach kurzem schweren Leiden entschlief heute Dienstag unsere liebe, gute Mutter, Groß-, Urogroß- und Schwiegermutter,

Frau Auguste Jänke geb. Hache,
im 78. Lebensjahr.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Rathmannsdorf, 22. Oktober 1918
die tieftrauernden Kinder nebst Enkeln.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nach kurzem, schwerem Krankenlager verschied am 22. Oktober, abends 1/2 10 Uhr, meine innigstgeliebte, unversehrliche, treusorgende Gattin, Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin, Frau

Martha Leupold

geb. Blankenstein,
im blühenden Alter von 31 Jahren.

Schandau, Krippen, Hinterjessen, Friedrichswalbe,
den 23. Oktober 1918.

In tiefstem Schmerz

Ottomar Leupold, Poßschaffner,
nebst Kindern, Eltern und Verwandten.

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 1/2 5 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am Sonntag früh im Stadttrankenhause zu Dresden nach nur eintägigem Krankenlager unser innigstgeliebter, hoffnungsvoller Sohn, Bruder und Enkel

Richard

im blühenden Alter von 18 Jahren sanft verschieden ist.

In tiefer Trauer
Postelwitz, den 23. Oktober 1918.

Familie **Otto Fiedler.**

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 1/2 4 Uhr, von der Schandauer Friedhofshalle Schandau aus statt.

Gestern morgen verschied nach kurzem schweren Leiden meine liebe Gattin, die treusorgende Mutter unserer Kinder, Frau

Henriette Wilhelmine Sauer,

im 54. Lebensjahre.

Rathmannsdorf-Plan, am 23. Oktober 1918.

Im Namen aller Hinterbliebenen

der tieftrauernde Gatte

Karl Sauer
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden unserer teuren Entschlafenen sagen

herzlichen Dank

Emil Cottenburger,
zugleich

im Namen aller Hinterbliebenen.

Für die zahlreichen Beweise innigster Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter

Frau Marie Schmidt

sagen wir allen Bekannten, sowie den Beamten und Arbeitern der Zellulose-Fabrik Gebr. Roehler hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Schandau, am Begräbnistage.

Richard Schmidt nebst Kindern.

Trauerbriefe und Trauerkarten fertig schnell an
Druckerei d. Ztg.

Für die freundlichen und ehrenden Beweise der Teilnahme bei dem Heimzuge unseres lieben Entschlafenen, des
Herrn Gemeindevorstand a. D.

Otto Sering,

sagen nur hierdurch

herzlichsten Dank

Wendischfähre, am Begräbnistage

die tieftrauernden Hinterlassenen.

Statt Karten!

Bei der Vermählung unserer Kinder wurden diesen wie auch uns so viele herzliche Beweise der Liebe in Wort und Schrift, sowie durch Geschenke entgegengebracht, dass es nicht möglich ist, jedem einzelnen dafür zu danken. Besonders danken wir dem Männer-Gesangverein zu Krippen für den schönen Gesang in der Kirche.

Krippen, am 21. Oktober 1918.

*Paul Klug und Frau
Margarete geb. Wolf.*

*Paul Wolf
und Frau Selma.*



**Alldeutscher
Verband**

Ortsgruppe
Schandau.

Heute Mitt-
woch:

Hotel

zur
Krone.

Grundstücks- und Geschäfts-
An- und Verkäufe,
Hypotheken-Beforgung
übernimmt

Karl Maulsch, Sedwig, Sa.,
Herrenstr. 52. —: Langstr. 315.

Frauenhaare

(ausgefärbt), kauft jeden Posten

Friseur Menz,

Bad Schandau.

Empfehle mich zur Anfertigung
aller Haararbeiten.

Rodelschlitten

zu kaufen gesucht.

Adr. niederzulegen i. d. Exp. d. Bl.

3 Läuferschweine

sind zu verkaufen gegen Bezugschein.

Erbgericht Waltersdorf

bei Schandau.

30-40 Zentner

Kürbis

ebenfalls zu verkaufen.

Maschinist

zum sofortigen Austritt sucht

G. Hauschild.

Berichtigung: In der Vermählungs-Dankanzeige in voriger Nummer muß es statt Paul Wöhme richtig **Wöhmer** heißen.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung übersandten Glückwünsche und Geschenke sagen wir allen hierdurch unseren

herzlichsten Dank.

Dresden, den 20. Oktober 1918.

Max Eisoldt und Frau
Kläre geb. Hoffmann.

**Auf besonderen Wunsch!
Sternlichtspiele Königstein.
Zu Dir gehöre ich.**

Drama in 4 Akten.

Außerdem amtliche Aufnahmen.

Donnerstag, den 24. Oktober.
Beginn der Vorstellung 1/2 8 Uhr.

Zwei Mägde
(Groß- und Kleinmagd)

bei hohem Lohn sofort oder 1. Nov.

gesucht.

Erbgericht Waltersdorf.

Verloren

ein weißer

Leinenrock

auf dem Wege von der Dstrauer Brücke

bis zur Färberei Thieme.

Gegen Belohnung abzugeben in der

Geschäftsstelle der Sächs. Zeitung.

Wohnung

besteh. a. Stube, 2 Kammern u. Küche,

bei Frau **Leber**, Lindenstraße.

Seal-Pelzgarnitur

(fast neu), bestehend aus Stola, Muff

und Pelzkappe, ferner ein fast neuer

Samthut

billig zu verkaufen.

Villa Karlsruhe.

Manifeste hält stets vorrätig d.

Druckerei d. Ztg.

Antwort an Wilson.

(Wir brachten dieselbe bereits in letzter Nummer im Auszuge. Bei dem allgemeinen Interesse, welches naturgemäß für die ganze Friedensangelegenheit vorhanden ist, geben wir sie hier wörtlich wieder. Die Schriftleitung.)

Verwahrung gegen den Vorwurf der Unmenslichkeit. — Einschränkung des U-Boot-Krieges. — Die neue deutsche Regierung als Vertretung des Volkswillens.

Berlin, 21. Oktober.

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. d. Mts. lautet wie folgt:

Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlags zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien, und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen.

Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung aufstellen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Abnähmung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Beherrschung des Privateigentums zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Zusätzen absichtlich vernichtet hat. Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche U-Bootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Verbot jedes in See befindliche U-Boot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung:

Im Deutschen Reich stand der Volksobervertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksobervertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit dem Willen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksobervertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksobervertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksobervertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Vorschriften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

gez. Solf, Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Die deutsche Antwort ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag abgegeben worden. Sie ist wie die letzte vom Staatssekretär Dr. Solf unterzeichnet, dem Verfahren der Amerikaner entsprechend, deren Note ebenfalls Staatssekretär Lansing unterzeichnet. Die Formulierungen der Note waren besonders schwierig infolge des unerwarteten und eigenartigen Tones der Wilsonschen Note und dann wegen ihrer neuen Forderungen und Anklagen. Mit großem Geschick wahrte die Note die Würde des Reiches, indem sie Verwahrung gegen die Anklagen und unbegründeten Beschuldigungen einlegte, während sie andererseits den Weg frei macht zu weiteren Verhandlungen, indem sie Wilson das Zugeständnis macht, den U-Boot-Krieg wesentlich einzuschränken. Niemand wird also sagen können, daß durch Schuld der deutschen Regierung Weiterverhandlungen unmöglich geworden sind.

Besonderen Nachdruck legt die Note auf die Beantwortung der Wilsonschen Frage, mit wem er es in der deutschen Regierung zu tun habe. Es kann nun keinem Zweifel mehr unterliegen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mit einer Regierung unterhandelt, die sich auf die breite Masse des Volkes stützt. Bis an die Grenze der Möglichkeiten sind wir dem Präsidenten der Vereinigten Staaten entgegengekommen. An ihnen ist es, vor aller Welt seinen Friedenswillen und seine Macht, diesen Willen durchzusetzen, darzutun. Soweit Deutschland in Frage kommt, ist der Weg für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen freigemacht.

Wer Brotgetreide verfüttert, veründigt sich am Vaterlande.

Dein Geld, — Zinsen — Sicherheit		
1. zu Hause	---	---
2. bei der Sparkasse	3%	Stadt- u. Landgemahnen
3. bei der Bank	1%	Vermögen und Reserven
4. Kriegaanleihe	5%	Das Deutsche Reich

Darum in Deinem Interesse!

Zeichne die 9. Kriegaanleihe!

Wilson an Österreich.

Die Autonomie genügt nicht mehr.

Wieder ist die Welt, oder sagen wir lieber: ist Österreich-Ungarn um eine Illusion ärmer geworden. Man hatte in Wien und mehr und mehr auch schon in Budapest nachgerade angefangen, für Wilson zu schwärmen, hatte sich eingebildet, man brauchte ihm nur den kleinen Finger zu reichen, und der Friede wäre gesichert. Man wurde deshalb nicht müde, auf Deutschland in dem Sinne einzuwirken, daß es gleichfalls nach Washington gehe, dann würde alle Qual und Not mit einem Schlage zu Ende sein, und um dieses Stiefes willen häufte man Verlegenheit auf Verlegenheit, schwächte den Widerstandskraft an der Front und in der Heimat und brachte schließlich sogar das Bundesverhältnis in Gefahr und scheute auch vor einer Art Wettkampf mit abtrünnigen Volkstämmen um die Gunst des Präsidenten Wilson nicht zurück. Und um sich dieser Gunst nur ja einigermaßen würdig zu zeigen, wurde die Föderalisierung der Donaumonarchie eingeleitet, womit man ganz im Sinne des Allmächtigen jenseits des Großenwassers zu handeln glaubte: die Tschechen, die Slawen, die Italiener, die Rumänen, die Kroaten und die Serben und wenn es sonst noch danach gefiel, sie alle sollten nach nationaler Selbständigkeit greifen, sich von der Wiener Zentralgewalt unabhängig machen dürfen, und nur der lose Rahmen der Donaburger Krone sollte alle Einzelglieder liebevoll umschlossen halten — was konnte der gute Wilson sich und seinen slawischen Schülern mehr und besseres wünschen? Also stellte man sich „voll und ganz“ auf den Boden seiner vierzehn Punkte, veröffentlichte ein kaiserliches Manifest „an meine lieben Völker“, das ihnen einen Freibrief ausstellte, nach eigener Façon selig zu werden, und jubelte in die Welt hinaus, daß der Friede nun aber wirklich unmittelbar vor der Tür stehe.

Statt dessen: eine Ablehnung, rund und nett und ganz unmissverständlich. Am 4. Oktober ist die Friedensnote aus Wien abgegangen; bis zum 18. Oktober hat Herr Wilson sich Zeit gelassen, sie zu beantworten. Und was hat er zu sagen? Seit dem 8. Januar, dem Tage, den er durch Aufstellung seiner vierzehn Punkte zu einem ewig denkwürdigen Markstein in der Weltgeschichte erhoben hat, seien gewisse Ereignisse von größter Bedeutung eingetreten, die die Haltung und die Verantwortlichkeit der amerikanischen Regierung notwendigerweise geändert hätten. Einmal die Anerkennung des Kriegszustandes zwischen den Tschecho-Slowaken — diesem „Gefindel“, wie Graf Hertling es zutreffend bezeichnete — und den beiden Mittelmächten und die Anerkennung des tschechisch-slowakischen Nationalrates als einer kriegsführenden Regierung. Und zweitens die ebenso weitgehende Anerkennung der nationalen Ansprüche der Südslawen nach staatlicher Freiheit. Infolge dieser beiden Entscheidungen verfüge er, der Präsident, nicht mehr über die Berechtigung, die bloße Autonomie dieser Völker, wie sie jetzt von der Wiener Regierung zugestanden würde, als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern diese Völker selbst müßten nun Richter darüber sein, welche Aktion auf Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen erfüllen und ihre Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befruchtigen werde. Mit anderen Worten also: wollt ihr Frieden mit euren Völkern, so verhandelt mit ihnen, nicht mit mir, — wobei kein Wort darüber verloren wird, wie es denn auch mit Italien, mit Frankreich und England gehalten werden soll, die doch wohl ihrerseits die Fortführung oder Einstellung des Krieges gegen die Donaumonarchie noch von anderen als tschechisch-slowakischen und von südslawischen Interessfragen abhängig machen. So steht in Wahrheit die aufrichtige Friedensliebe des Herrn Wilson aus, von der die Wiener Staatsmänner so felsenfest überzeugt zu sein schienen. Es wird eine grausame Enttäuschung geben an der Donau — nicht die erste und nicht die letzte. Diesmal wird man aber die Schuld nicht auf andere Faktoren schieben können, auch nicht auf Deutschland. Wir haben genau auf der gleichen Linie gehandelt wie Österreich-Ungarn, wir haben ebenfalls das Wilsonsche Friedensprogramm vorbehaltlos angenommen, und was brüben die Föderalisierung des Reiches bezwecken und bewirken sollte, das wird haben von der Demokratisierung und Parlamentarisierung unserer Verfassungsstände erhofft.

Ob der Erfolg der gleiche sein wird? Wenn man die neueste Wilsonnote unbefangen prüft, so muß man schon sagen, daß sie nichts anderes im Auge hat als die endgültige Zertrümmerung des Habsburgischen Kaiserreiches. Es soll von einem selbständigen West- und einem ebenso selbständigen Südslawenstaat umstellt, im Norden von dem unabhängigen Polenreich drangsalziert und schließlich im Osten von Serbien, Rumänien und den anderen Lieblingen der Entente in Schach gehalten werden. Was übrig bleibt, ist wirklich nicht mehr wert, darauf eine Kaiserkrone zu gründen. Seine letzten Absichten gegenüber Deutschland hat Herr Wilson nach Ansicht weiter Kreise auch bereits deutlich genug erkennen lassen; wer über sie noch immer im Zweifel ist, der wird wohl sehr bald, wenn die dritte deutsche Note in Washington eingetroffen ist und beantwortet werden wird, reiflos aufgefäkt werden. Dann wird die große Frage aufzuwerfen sein: Was muß und die deutsche Volksoberregierung wird zu beweisen haben, daß sie diesen höchsten Ehrennamen sich mit Recht beilegt hat.

Österreich will weiter verhandeln.

Rede des Ministerpräsidenten Sussarek.

Wien, 22. Oktober.

Ministerpräsident Gebr. v. Sussarek erklärte heute im Herrenhause, die Antwort Wilsons biete keineswegs Anlaß, den angebotenen Gedankenaustrausch als abgebrochen zu betrachten. Wir werden vielmehr nach sorgfältiger Erwägung der in der Devische Wilsons enthaltenen Momente unsere Friedensaktion fortsetzen und an die Beantwortung der Note schreiten. Wir hoffen, daß die Friedensdiskussion trotz aller in der Nähe gelegenen Schwierigkeiten die Welt in nicht all zu langer Zeit aus den unsäglichen Leiden des Krieges herausführen wird.

Der Ministerpräsident erklärte dann, daß von alters her der Grundgedanke der habsburgischen Monarchie der war, daß alle ihre Völker gleichen Rechtes seien. Deshalb kann sich Österreich ohne Abwendung von der eingewurzelt Überzeugung zu dem Friedensprogramm Wilsons bekennen. Die Neuordnung unserer inneren Verhältnisse steht nicht bloß mit dem Friedensschritt im Zusammenhang, sondern ist auch eine innere Notwendigkeit. Das kaiserliche Manifest sei die logische und notwendige Ergänzung des Friedensschrittes. Nicht nur die Vertretung nach außen und der gemeinsame Schut, sondern auch gewisse wirtschaftliche Beziehungen werden schon aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einer Zusammenfassung der Kräfte drängen. Das Werk der Neugestaltung würde selbstverständlich nur auf verfassungsmäßigem Wege durch das Zusammenwirken der Völker geschaffen werden.

Der deutsch-österreichische Staat.

Proklamation der Nationalversammlung.

Wien, 22. Oktober.

Die provisorische Konstituante der Deutschen Österreichs, die unter dem Druck der tschecho-slowakischen Entwicklung in Österreich gestern zusammengetreten ist, hat eine Proklamation verfaßt, in der es heißt:

Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine zukünftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von Gebieten, die von den deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt sind, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere werden wir uns durch Vereinbarungen mit den anderen Nationen sicherzustellen suchen.

Der von der Nationalversammlung eingesetzte Volksgauschuß beschloß, aus seiner Mitte 3 Gruppen für die wichtigsten Arbeitsgebiete zu bilden: Krieg und Aukeres, Verwaltung und Verfassung, Volkswirtschaft und Ernährung. Gruppe 1 wird beauftragt, über die Wilsonnote zu beraten und dem Volksgauschuß ehestens zu berichten. Ferner wurde beschlossen, die Konstituierung der deutschen Nationalversammlung der österreichischen Regierung, der ungarischen Regierung, den österreichischen Völkern und dem Auslande zu notifizieren. Der Ernährungsgauschuß der deutschen Nationalversammlung beschloß, sich wegen Lieferung von Lebensmitteln mit den Stellen in Ungarn, Kroatien, Berlin und München in Verbindung zu setzen.

Sozialistische Sondererklärungen.

Unter den Erklärungen der einzelnen Parteien zu der Proklamation eines selbständigen Deutsch-Österreichs ist die der sozialistischen Parteien bemerkenswert, in der es u. a. heißt: Das deutsche Volk in Österreich soll ein demokratischer Staat, ein deutscher Volksstaat werden, der vollkommen frei entscheiden soll, wie er seine Beziehungen zu den Nachbarländern und mit den Nachbarvölkern zu einem Völkerverbunde vereinigen will, wenn die Völker diese wollen. Lehnen aber die anderen Völker eine solche Gemeinschaft ab, oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird

der deutsch-österreichische Staat, der, auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwicklungsfähiges Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als ein Sonderbundesstaat dem deutschen Volke anzuschließen.

Wir verlangen von dem deutsch-österreichischen Staat die volle Freiheit, zwischen diesen beiden möglichen Verbindungen zu wählen.

Die tschechische Selbständigkeit.

In Paris tagte unter dem Vorsitz von Kramarick der tschechische Nationalauschuß und der tschechische Abgeordnetenvorstand. Die Beratungen waren vertraulich, es wurde eine Resolution gefaßt, in welcher sich der Nationalauschuß für Selbständigkeit des tschechischen Staates mit Umgehung der Wiener Instanzen und für den Schut der Slowaken aussprach. Der Nationalauschuß und mit ihm ausnahmslos das ganze tschechische Volk verharren auf dem Standpunkte, die tschechische Frage habe aufgehört, eine Frage der inneren Regelung Österreichs zu sein. Sie sei eine internationale Frage und werde gemeinsam mit allen Weltfragen gelöst.

Wilson's Friedensvermittlung 1917.

Frankfurt a. M., 19. Oktober.

Eine dem früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg nahesteheende Persönlichkeit macht der Frkf. Ztg. folgende Mitteilungen.

In den auf die Senatsbotschaft vom 22. Januar folgenden Tagen ließ Wilson dem Grafen Bernstorff durch einen Vertrauensmann sagen, der Präsident wolle sich erneut bemühen, den Frieden zustande zu bringen. Für diesen Zweck werde es ihm von besonderer Wichtigkeit sein, Genaueres über die deutschen Friedensbedingungen zu erfahren. Das Telegramm Bernstorffs, das hierüber berichtete, ging am 28. Januar in Berlin ein. Damals war der uneingeschränkte U-Bootkrieg bereits beschlossen und alle Vorbereitungen für seinen auf den 1. Februar festgesetzten Beginn waren getroffen. Ein Gegenbefehl wäre eine technische Unmöglichkeit gewesen. Graf Bernstorff, der, als er sein Telegramm abgabte, bereits im Besitze der am 31. Januar abzugehenden Note wegen der Eröffnung des uneingeschränkten

U-Boot-Krieges war und gebeten hätte, diese Note auf Grund der Mitteilungen des Wilsonschen Vertrauensmannes einzuwickeln zurückhalten zu dürfen, wurde in umgehender Beantwortung seines Telegramms hiervon verständigt und beauftragt, der amerikanischen Regierung bei der Übergabe der Note zu sagen, daß die deutsche Regierung die Absicht Wilsons auf das wärmste begrüße und zur Förderung dieser Absicht ihre Friedensbedingungen dem Präsidenten zur eigenen persönlichen Information befinde. Das Friedensprogramm, das für die von den Mittelmächten am 12. Dezember 1916 vorgeschlagenen Verhandlungen aufgestellt war, wurde zu diesem Zweck in dem Telegramm an den Grafen Bernstorff eingehend entwickelt. Graf Bernstorff wurde ferner beauftragt, dem Präsidenten Wilson zu sagen, daß der uneingeschränkte Unterseeboottkrieg, da Unterseeboote mit ihrer neuen Konstruktion auf dem Wege und größtenteils auch drahtlos nicht erreichbar seien, aus technischen Gründen nicht abgestoppt werden könne, daß aber die Reichsregierung bereit sei, Befehl zur Einstellung des Unterseeboottkrieges zu geben, sobald es den Bemühungen des Präsidenten Wilson gelungen sei, eine erfolgversprechende Grundlage für Friedensverhandlungen zu sichern. Die amerikanische Regierung hat trotz dieser Eröffnung die Mitteilung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet.

Die Zuschrift führt weiter aus, daß unser Friedensschritt vom 12. Dezember 1916 nicht mit Wilson vereinbar war. Wilson habe keinen Anlaß gehabt, sich verletzt zu fühlen, weil die Mittelmächte in ihrem Bestreben, möglichst bald zum Frieden zu kommen, nicht ausschließlich auf eine immer noch ungewisse und trotz gelegentlicher Aufkündigung ungewiß gebliebene amerikanische Vermittlung warteten, sondern in dem ihnen geeignet erscheinenden Augenblicke selbstständig vorging. Zum Schluss wird die Behauptung als unzutreffend bezeichnet, die Reichsregierung habe Wilson dauernd um Friedensvermittlung gebeten und habe ihm dann, als er ihrer Bitte nachgegeben, plötzlich mit der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges ins Gesicht geschlagen. Wilsons Friedensaktion ging selbständig neben der Friedensaktion der Zentralmächte einher.

Der Krieg.

Die deutschen Gefangenen in Rußland.

Aber die Gefangenen in Rußland hat das preussische Kriegsministerium dem fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Müller-Reinigen folgendes mitgeteilt: „Der Abtransport, der ohnehin durch die großen Entfernungen und Verkehrsschwierigkeiten in Rußland Verzögerungen erleidet, ist infolge der tschecho-slowakischen Bewegung in Sibirien jetzt leider ins Stocken geraten und die Verbindung mit den Gefangenen ist gänzlich unterbrochen, so daß auch Geld- und Wäscheleistungen an sie unmöglich geworden sind. Infolge der tschecho-slowakischen Unruhen können Einzeltransporte nicht mehr stattfinden. Es werden aber, sobald der Weg nach Sibirien wieder frei ist, alle Gefangenen ausnahmslos beschleunigt abtransportiert. Eine Internierung im neutralen Ausland kommt nach Beendigung des Kriegszustandes mit Rußland nicht mehr in Frage.“

England behindert den Gefangenen Austausch.

Während die deutsch-englische Vereinbarung über den Gefangenen Austausch nur die über 18 Monate in Gefangenschaft befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften der Unterseeboote von der Seimbeförderung ausschließt und statt dessen ihre Internierung in den Niederlanden vorseht, fordert die englische Regierung jetzt den völligen Ausschluß der Unterseebootsbesatzungen von der Seimbeförderung. Hinsichtlich der China-Deutschen bestand englischerseits die Absicht, bei der Deportation und Internierung dieser Deutschen mitzuwirken. Es kann also nicht, wie es jetzt geschieht, als eine unzulässige Verquickung der Angelegenheit mit der Frage des Inkrafttretens der deutsch-englischen Vereinbarung, die für die Gesamtheit der in deutscher Gewalt befindlichen englischen Zivilpersonen die Möglichkeit der Seimbeförderung schafft, bezeichnet werden, wenn die deutsche Regierung entsprechend dem bei der Unterzeichnung gemachten Vorbehalt, ihre Genehmigung zu dieser Vereinbarung von einer Sicherstellung gegen solche englische Absicht abhängig macht.

Zukunftsmöglichkeiten.

Oberst Egli schreibt in den „Waller Nachrichten“: Wer die Vorgänge auf dem westlichen Kriegsschauplatz aufmerksam verfolgt, erhält keineswegs den Eindruck, daß für die Verbündeten die Stunde der Kavallerie gekommen sei. Wie sich Heros in der „Victoire“ vom 12. Oktober ausdrückt, stehen die Verbündeten einem tatkräftigen Heere gegenüber, und wenn die Deutschen gezwungen werden sollten, den Krieg bis zum äußersten fortzuführen, so wird das beiden Parteien noch viel Blut kosten. Rückschlüsse sind sicher nicht ausgeschlossen. Außerdem werden die Gebiete, die bis jetzt von den Särden des Krieges fast ganz verschont geblieben sind, noch fürchtbar zu leiden haben. Die Amerikaner dürften im Juli an der Raas und jetzt bei Verdun die Erfahrung gemacht haben, daß der Krieg kein Kinderpiel ist und sehr große blutige Opfer kostet. Sie selbst sagen, daß ihrer durch Franzosen verstärkten ersten Armee nur sechs deutsche Divisionen gegenüberstehen, und trotzdem kommen sie nur langsam vorwärts. Zwingt man Deutschland den Verzweiflungskampf auf, dann dürfte auch das Hinterland sich wieder zusammenschließen, und daraus wird die Verteidigung des deutschen Volkes neue Kraft schöpfen.

Der Abtransport der französischen Bevölkerung.

Da sich in der Gegend von Cambrai und Douai schon wochenlang schwere Kämpfe abspielten, hat sich die Heeresleitung verpflichtet gesehen, die Zivilbevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Abführung war eine sehr schwierige Sache, da vor allen Dingen die Ausgangswege der Stadt unter Feuer gehalten wurden. Man hatte der Bevölkerung durch öffentliche Ansprachen mehrere Tage vor der Abführung bekanntgegeben. Darauf erfolgte die persönliche Aufforderung an die Familien, Besprechungen mit dem Bürgermeister, Ausgabe von Einleitungsarten an Familien, Einteilung in Kolonnen und die Verpflegungsausgabe für mehrere Tage. Außerhalb des Ortes wurden Sammelplätze angelegt und von der Militärbehörde Pferde, Wagen und Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt, die für die Zeit und Dauer des Abtransportes der Bevölkerung für Militärzwecke gesperrt waren. Die Kolonnen wurden von Begleitmannschaften übernommen, die sie auf befestigten Straßen nach Orten des Hinterlandes brachten, nach denen Quartiermacher vorausgeschickt waren. Auf den Wasserstraßen Nordfrank-

reichs transportierte man Greise, Kranke und Kinder, die den Anstrengungen des Fahrens auf den Landstraßen nicht gewachsen gewesen wären. So wurden sachgemäß auf Bahnen aus Douai 500 Kranke und Krüppelkinder und 250 kranke Frauen aus Spitälern unter Aufsicht eines Arztes und mit Unterstützung von Sanitätspersonal vor den englischen Granaten in Sicherheit gebracht.

Volk in Not.

Nur nicht jagen, nicht versagen,
Nur in diesen schwülen Tagen
Rutlos nicht die Waffen strecken,
Wenn, als wären sie schon Sieger,
Englands Pein und Frankreichs Tiger
Sprungbereit die Zähne blecken.

Losgelassen ist die Meute,
Gierig lechzet sie nach Beute,
Jeder will ein Stück erschnappen;
Was sich je vom Raube nährt,
Schmuppernd auf des Wildes Fährte
Kläfft es jetzt um einen Happen.

Doch noch halten Damm und Ufer,
Und der Dei- und Duffaruser
Harrt vielleicht noch Schicksalswende,
Noch ist für das wilde Rasen
Das Kalaf nicht gebaten,
Und die Jagd ist nicht zu Ende.

Noch mit Hieb und Stich uns wehren
Können wir, wenn sie begehren,
Gegen uns den Dolch zu zücken;
Sollen wir im Kampfe fallen,
Sei es! Doch von ihren Kränzen
Lassen wir uns nicht erdrücken.

Unser Sehnen geht nach Frieden,
Aber ist's uns nicht beschieden,
Uns aus Not und Graus zu retten,
Wollen alles Leid wir tragen,
Auch im letzten nicht versagen,
Sterben — aber nicht in Ketten!

W. Schwan.

Zunehmende Massenflucht in Flandern.

Durch die Angriffe der Ententetruppen in Flandern hat die bereits seit einiger Zeit begonnene Massenflucht der Bewohner, namentlich im dichtbesiedelten Belgien eine außerordentliche Steigerung erfahren. Die nach vielen Tausenden zählenden Flüchtlingsströme fluten gen Osten. Wenn auch alles geschieht, um das Los dieser von Haus und Hof vertriebenen Belgier, die auf wasserdurchweichten Straßen, mit dem Notdürftigsten versehen, weite Wegstrecken zu Fuß in ständigen Etappen zurücklegen müssen, zu erleichtern, so bedingen doch die für eine derartige Massenflucht nicht zu beschaffenden Verkehrsmittel und die Verpflegung der aus dem bisherigen Organisationsrahmen Herausgerissenen ein ungeheures Elend. Ähnlich sind die Verhältnisse in Nordfrankreich. Von den vernichteten Werten der bereits Vertriebenen abgesehen, gehalten sich der Ausblick für das Schicksal aller, die noch flüchten zu müssen glauben, überaus besorgniserregend.

An der flandrischen Front.

Aber die Eindrücke an der flandrischen Front, die in den letzten Tagen erneut schweren Angriffen ausgesetzt war, meldet ein Berichterstatter: „Der wiederentbrannte Kampf hat in den Städten und Dörfern der flandrischen Front unermesslichen Schaden angerichtet, dem als Gewinn des Tages nicht mehr gegenübersteht, als ein drei bis vier Kilometer tiefer Streifen Bodens, den Engländer und Franzosen wieder besetzen konnten und zu dessen Räumung die deutsche Führung sich schon entschlossen hatte. Man versteht es nicht, daß Franzosen und Engländer dieses Land, für dessen Befreiung sie zu kämpfen vorgehen, täglich der Fernbeschlebung und den Fliegerangriffen aussetzen, die unter den Landesbewohnern schwere Opfer fordern müssen. Die kleinsten Orte sind mit Flüchtlingen aus der Kampfzone so überfüllt, daß jeder Schuß auch ein Treffer sein muß. Alle die kleinen belgischen Landstädte haben gelitten, namentlich Thourout, Thielt und Angelmünster. Das belgische Meer scheint der sinnlosen Eroberungs- und Zerstörungswut seiner Bundesgenossen nicht folgen zu wollen, denn man hat an den Hauptkampfstellen belgische Divisionen durch Franzosen ersetzt. Welche Gefühle mögen die belgischen Soldaten befehlen, wenn sie mit ansehen, wie ihre Heimatdörfer unter den Schüssen ihrer Freunde in Flammen aufgehen.“

September-Erfolge unserer Luftstreitkräfte.

Durch Leistungen von nie erreichter Größe trugen die Luftstreitkräfte im Monat September das ihre zur Unterstützung der kämpfenden Truppen auf der Erde bei. Die Zahl von 778 an der Westfront abgeschossenen feindlichen Flugzeugen ist um 181, die Zahl von 450 in unserer Hand gebliebenen Flugzeuge um 199 höher als die bis jetzt höchsten Zahlen des Monats August 1918. Der weit überlegene Kampfwert unserer Jagdflugzeuge und ihrer Befähigungen sicherte unseren Luftstreitkräften auch gegen mehrfache Überzahl den Sieg. In den Luftschlachten am 2., 14., 15., 16. und 26. September erlitt der Gegner einen Verlust von 59, 46, 42, 44 und 54 Flugzeugen, denen auf unserer Seite ein Verlust von 5, 6, 6, 6 und 5 Flugzeugen gegenübersteht. Jagdgeschwader 2 vernichtete am 2. September 26 Flugzeuge, ohne selbst ein einziges zu verlieren. 31 feindliche Flugzeuge fielen bei Angriffen auf das Heimatgebiet unserer Abwehrmitteln zum Opfer, darunter auch das erste ganz in Amerika gebaute Bomberflugzeug.

Unsere Luftkampfüberlegenheit gewährleistete unseren Arbeits- und Bomberflugzeugen die Durchführung ihrer mannigfachen Erkundungs- und Angriffsaufgaben. Mehrfach ermöglichten unsere Flugzeuge durch Heranbringung von Verpflegung und Munition sowie durch Befehlsübermittlung abgeschnittenen Truppenteilen die erfolgreiche Verteidigung und die Rückkehr in die eigenen Linien. Unsere Bombengeschwader griffen militärische Ziele hinter der feindlichen Front mit insgesamt 961964 Kilogramm Sprengstoff an und bewirkten in fünf Fällen auf Flugplätzen, in zahlreichen anderen in Munitionslagern und Barackenlagern starke Brände und Explosionen.

Trotz scharfster Gegenwirkung führten unsere Ballonbeobachter die Naherkundung über dem Schlachtfeld durch. Im Verein mit den Flugabwehrgeschützen nahmen sie wirkungsvoll an der Belämpfung von Panzerwagen und anderen Erdbielen teil. Die Flaks erzielten mit einem Abschuss von 125 Flugzeugen gleichfalls eine Höchstleistung.

Die preussische Wahlreform.

Nach den Beschlüssen der Herrenhauskommission. Am 24. d. Mts. tritt das preussische Herrenhaus zusammen, um über die Verfassungsänderung zu beraten. Man darf wohl als sicher annehmen, daß das Haus den Beschlüssen seiner Kommission beitreten wird, und daß die Vorlagen dann auch unverändert vom Abgeordnetenhaus angenommen werden.

Die wichtigsten Bestimmungen.

Nach den Beschlüssen des Herrenhauses besagen die wichtigsten Bestimmungen über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus:

§ 1. Wahlberechtigt ist jeder Preusse, der mindestens 25 Jahre alt ist, in der preussischen Gemeinde, in der er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, wählt derjenige, der in dem letzten Jahre in einen anderen Wahlbezirk umgezogen ist, in demjenigen Wahlbezirk, dem er vor seinem Umzug angehörte.

§ 3. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 14. Die Wahl ist geheim. Gewählt wird mit verdeckten Stimmzetteln. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 5. 1a. Folgende Wahlbezirke wählen nach der Verhältniswahl:

- | | |
|-------------------|-------------------|
| 1. Köln 1. | 10. Potsdam 11. |
| 2. Breslau 4. | 11. Düsseldorf 5. |
| 3. Wiesbaden 11. | 12. Schleswig 14. |
| 4. Düsseldorf 4. | 13. Danzig 2. |
| 5. Potsdam 10. | 14. Merseburg 4. |
| 6. Hannover 4. | 15. Düsseldorf 2. |
| 7. Düsseldorf 13. | 16. Arnberg 11. |
| 8. Magdeburg 4. | 17. Aachen 2. |
| 9. Königsberg 3. | |

Die Einführung der Verhältniswahl in weitere bestehende Wahlbezirke erfolgt im Wege des einfachen Gesetzes.

§ 25a. Für Kriegsteilnehmer (Merkwürdigster Erlass vom 7. September 1915 — Reichsgesetzbl. S. 509) ist bei der ersten Wahl auf Grund dieses Gesetzes der sechsmonatige Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde oder dem Wahlbezirk (§ 1 Abs. 1 und 1a) nicht Voraussetzung der Wahlberechtigung.

§ 25b. Für die erste allgemeine Wahl nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes können die Fristen für die Aufstellung, Auslegung und das Inkrafttreten der Wählerlisten vom Staatsministerium abweichend festgesetzt werden.

§ 26. Zur Ausführung dieses Gesetzes erläßt das Staatsministerium eine Wahlordnung. In dieser sind insbesondere die zur Sicherung des Wahlergebnisses sowie der Wahlfreiheit erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

Die Wahlordnung sowie jede Änderung sind dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen.

Zu den Wahlbezirken, in denen die Zahl der Abgeordneten vermehrt wird, kommen nach Potsdam 4 mit vier zu wählenden Abgeordneten, Potsdam 11 mit drei (nach dem Beschluß des Abgeordnetenhauses zwei) Abgeordneten, Münster 4 mit drei, Arnberg 5 und 8 mit drei, Wiesbaden 11 mit drei, Düsseldorf 4 mit drei, Düsseldorf 13 mit drei Abgeordneten. Ingesamt wird die Zahl der Abgeordneten um 44 (statt nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses um 26) vermehrt.

Die Verhältnisse hinsichtlich der konfessionellen Sicherungen stimmen mit dem des Abgeordnetenhauses überein. Danach wird der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschule verfassungsgemäß gewährleistet, und Artikel 107 der Verfassungsurkunde erhält folgenden Wortlaut: „Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung geändert werden, wobei in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich ist. Die gleiche Vorschrift gilt für Gesetze, durch die die Verordnung wegen Bildung der Ersten Kammer vom 12. Oktober 1854 abändert wird.“

Nah und Fern.

○ Ein Rokauffschlitzer. In Nürnberg und in anderen Städten Bayerns trieb ein sogenannter Rokauffschlitzer sein Unwesen. Er wurde in Nürnberg dabei ertappt, als er einem Fräulein an einer Straßenbahnhaltestelle den Rock beschädigte. Es ist der 33jährige Eisenbahn-Bionier Fleckschmidt von Schönbach, dem bis jetzt über fünfzehn in Nürnberg verübte und dreizehn in München begangene Fälle nachgewiesen wurden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf viele tausend Mark.

○ Die Grippe-Erkrankungen haben allen Nachrichten zufolge noch keine Abnahme gezeigt. Besonders zahlreich sind jugendliche Personen, namentlich Frauen, erkrankt, schwere Lungenerkrankungen und ruhrlartige Erkrankungen haben sich im Verlaufe des Umfanges der Seuche gezeigt. Als Vorsichtsmaßregel ist zu beobachten, daß man sich nicht von Kranken anstecken läßt. Kranke müssen im Bett bleiben und ihre Umgebung soll vorsichtig im Verkehr sein, um das Übel nicht weiterzuschleppen. Empfohlen wird, Nase und Hals mit schwachen Lösungen von Wasserstoffsuperoxyd auszugurgeln. Gerüchte, nach denen Augenpest oder Hungertypus herrsche, sind gänzlich unwahr. Wichtig ist, daß überall der Schulschluss durchgeführt wird.

○ Die Cholera in Berlin erloschen. Die vor einiger Zeit gemeldeten Choleraerkrankungen in Berlin sind sämtlich erloschen. Es handelte sich im ganzen um 19 Erkrankungen, von denen 15 tödlich endeten und vier in Genesung übergingen. Ferner wurden drei Bazillenträger festgestellt. Die Stadt Berlin hatte 17 Erkrankungen und einen Bazillenträger, zwei Erkrankungen und zwei Bazillenträger wurden in der Umgebung auf dem Kaiser-Wilhelmkanal entdeckt. Eine Rostschlächterei bildete den Ausgangspunkt der Infektion.

○ Abschlußklassen für sitzengebliebene Schüler. Für den Fall, daß Ostern 1919 in den Volksschulen der Friedensbetrieb einsetzt, sollen von da ab in den städtischen Bezirksschulen in Dresden Abschlußklassen für solche Kinder gebildet werden, die nicht die ganze Schule durchlaufen, weil sie einmal sitzengeblieben sind. In der Abschlußklasse soll ihnen das Wichtigste von den ihnen noch fehlenden Lehrstoffen vermittelt werden.

○ Durch eine Mine getötet. Die Warnemünder Fischer Schwerin, Fett, Busch und König sind von einer Fischfabrik in die Ostsee nicht wieder zurückgekehrt. Sie sind das Opfer einer Treibmine geworden. Die Mannschaft der dänischen Fährer Gjedser-Warnemünde sah während der Überfahrt, wie zwei in See nahe beieinander liegende Fischerboote plötzlich nach einer heftigen Detonation in Flammen aufgingen und wie das eine Boot sank. Aber auch das zweite Boot ist zweifellos gesunken, denn diese Fischer haben bislang nichts von sich hören lassen und sind nicht nach Warnemünde zurückgekehrt.

○ Norwegen ohne Argemittel. „Morgenbladet“ teilt mit, daß Norwegen nur 120 000 Liter Spiritus Vorrat hat. Monatlich werden 80 000 Liter zu Arzneizwecken verbraucht, so daß das Land, welches selbst keinen Spiritus brennt, vor einer Katastrophe im Medizinwesen steht.